

# Die bayerische Polizei am Limit

## Leitspruch des Monats

„Souverän ist nur derjenige, der seine Fähigkeiten kennt und seine Grenzen akzeptiert, für Anregungen von außen offenbleibt und keine Angst um seine eigene Person hat.“

Abtprimas Notker Wolf



www.cpv-online.org  
 info@cpv-online.org  
 CPV, Goethestraße 29  
 72474 Winterlingen  
 Telefon.: 07434.91100

## Inhalt

- 2 Kein Zeugnisverweigerungsrecht von Personalratsmitgliedern
- 3 Tarifkommission
- 4 Schutzausrüstung
- 5 Bodycam
- 6 Taser (Veranstaltungen)
- 8 Aus den Untergliederungen

## Impressum:

Redaktionsleitung:  
 Michael Hinrichsen (v. i. S. d. P.)  
 Telefon 0171.8514714  
 Fotos: DPoIG  
 Landesgeschäftsstelle:  
 Orleansstraße 4  
 81669 München  
 Telefon: 089.5527949-0  
 Fax: 089.5527949-25  
 E-Mail: info@dpolg-bayern.de  
 Internet: www.dpolg-bayern.de  
 ISSN: 0723-2209

„Es geht nicht mehr“ oder „Ich kann nicht mehr“. Solche Sätze hört man mittlerweile in vielen Dienststellen der verschiedenen Polizeipräsidien immer häufiger. Die Überstunden nehmen in fast allen Dienststellen der Präsidien kontinuierlich zu.

E-Mails mit solchen Inhalten erhalten viele DPoIG-Vertreter auch immer wieder und wir können die Kolleginnen und Kollegen nur vertrösten. Zusätzliche Einstellungen sind geplant, aber diese künftigen Kolleginnen und Kollegen müssen vor der Einstellung erst gefunden und ausgebildet werden. Polizisten wachsen leider nicht auf Bäumen.

Im Jahr 2015 bewältigte die Polizei mit dem G7-Gipfel den größten bayerischen Polizeieinsatz bislang. Gerade dieser G7-Gipfel fand an einer Örtlichkeit statt, die sehr personalintensiv betreut werden musste. Hier hätte man mit einer anderen Ortswahl sicherlich wohl über die Hälfte weniger Personal einsetzen müssen.

Es kamen weitere Großveranstaltungen, Demonstrationen, die Flüchtlingswelle und die verschärfte Terrorgefahr hinzu. Das Ausmaß der Zuwanderungswelle und die damit verbundene polizeiliche Aufgabenmehrung war für Bayern nicht in der Form vorhersehbar, dies ist der durchaus verantwortungslosen Einwanderungspolitik des Bundes geschuldet. Diese Politik stellt die Polizei und große Teile der öffentlichen Verwaltung vor Aufgaben, die auf Dauer nicht ohne negative Folgen für die offene zivile Gesellschaft bleiben wird. „Bildung von Parallelgesellschaften, Kriminalitätsschwerpunkte insbesondere in Ballungsräumen, politische Polarisierungen der Bevölkerung sind nur einige Schlagwörter, die zu nennen sind.

Die Einsatzbelastung hat ein zu hohes Niveau erreicht, Fußball-einsätze, Pegida jeden Tag in München und es geht so weiter. Ganz nebenbei noch die vielen normalen Polizeieinsätze, ob Verkehrsunfälle, Ladendiebe, Wohnungseinbrüche, häusliche Gewalt et cetera.

Nachfragen beim Innenministerium zur Einsatzbelastung werden dort sehr zurückhaltend beantwortet:

„Es stimmt, die Einsatzbelastung ist in diesem Jahr auf einem sehr hohen Niveau – und das setzt sich auch so fort. Für die Einsatzkräfte ist das sicherlich eine große Herausforderung und momentan ist eine Entlastung nicht möglich.“

Jahrelang wurden die Rufe der DPoIG überhört. Wenn jetzt zusätzliches Personal versprochen wird – dann ist dies nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir fordern seit vielen Jahren eine kontinuierliche und überschaubare Personalplanung, konstante Einstellungen mit entsprechenden Zuwächsen für neu hinzugekommene polizeiliche Aufgaben.

Es fehlen über den Daumen gepeilt circa 25 Prozent der Sollstärke auf vielen Dienststellen. Die nunmehr beschlossenen Personalmaßnahmen reichen gerade aus, um in den nächsten Jahren den stark steigenden Pensionierungszahlen zu begegnen. Eine Stellenmehrung für all die zahlreichen zusätzlichen neuen Aufgaben wurde nicht im erforderlichen Maße berücksichtigt.

Mehr allerdings wäre zum jetzigen Zeitpunkt auch nur unter noch größerer Belastung des Einzeldienstes möglich, denn die Bayerische Bereitschaftspolizei hat weder freie Liegen-schwerpunkte noch freie Ausbildungs-kräfte für noch mehr Neueinstellungen. Beides hätte man früher planen und umsetzen müssen.



> Jürgen Ascherl

Die Defizite gleichen unsere Kolleginnen und Kollegen durch eine enorm hohe Motivation und Engagement aus.

Doch wie lange kann das noch gut gehen, wenn Polizisten Überstunden vor sich herschieben und Besserung nicht in Sicht ist?

Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen, um die normale Sachbearbeitung abuarbeiten, Sonderzusatzdienste ableisten, damit Anzeigen fertig werden, weil während der Schicht kaum mehr Zeit dafür ist. Zudem werden Versetzungen von vielen Dienststellen häufig gar nicht mehr oder erst Monate später ersetzt.

Selbst eine Reaktion bei den Einstellungen (woher will man die erforderliche Anzahl qualifizierbaren Personals überhaupt nehmen) kann nur begrenzt helfen – stattdessen ist seitens der Bundespolitik die Einsicht erforderlich, dass hier Grenzen der Aufnahmefähigkeit gegeben sind, bei deren Überschreitung auch die beste Polizei überfordert ist.

Unsere Polizei ist am Limit und es ist höchste Zeit, dass die Politik dies nicht nur begreift, sondern endlich auch ihrer Verantwortung gerecht wird.

Jürgen Ascherl,  
 stellvertretender  
 Landesvorsitzender



> DPolG in eigener Sache

- > Ihr seid umgezogen?
- > Eure Bankverbindung hat sich geändert?
- > Ihr arbeitet in Teilzeit?
- > Ihr seid beurlaubt?  
(zum Beispiel Elternzeit)

Nur so können wir Euch über aktuelle Themen informieren und den POLIZEISPIEGEL zusenden.  
Außerdem reduziert sich eventuell Euer Beitrag.

*Änderung ???*

Eure DPolG Landesgeschäftsstelle  
Telefon: 089.5527949-0  
E-Mail: info@dpolg-bayern.de

Denkt bitte daran, uns die neuen Daten mitzuteilen.

Vielen Dank!

(Oder natürlich über Euren Funktionsträger vor Ort)

OVG Sachsen:

# Kein Zeugnisverweigerungsrecht von Personalratsmitgliedern im behördlichen Disziplinarverfahren

Das Sächsische Obergericht hat in einer Disziplinarrechtssache (Az.: 6 E 24/14.D, 10 O 39/13) unter anderem entschieden, dass Personalratsmitglieder im behördlichen Disziplinarverfahren kein Zeugnisverweigerungsrecht haben.

**Auszüge aus der Begründung**

*(Hinweis des Verfassers: Zu den erwähnten Regelungen des Sächsischen Disziplinargesetzes [SächsDG] finden sich analoge Regelungen in Art. 26 und 27 Bayerisches Disziplinargesetz [BayDG])*

Entgegen der Auffassung der Zeugin ist § 53 Abs. 1 StPO im behördlichen Disziplinarverfahren unmittelbar anwendbar. Während § 24 SächsDG die Beweiserhebung unter anderem durch die Vernehmung von Zeugen (§ 24 Abs. 1 Nr. 2 SächsDG) regelt, gestaltet § 25 SächsDG die Rechte und Pflichten der Zeugen bei der Beweiserhebung im disziplinarbehördlichen Verfahren aus.

Diese sind nach § 25 Abs. 1 Satz 1 SächsDG zur Aussage ver-

pflichtet. Hinsichtlich der Aussagepflicht wie auch der Vernehmung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verweist § 25 Abs. 1 Satz 2 SächsDG ergänzend auf die Bestimmungen der Strafprozessordnung.

Für die Zeugenvernehmung ist daher im Rahmen des behördlichen Disziplinarverfahrens unter anderem § 53 StPO über das Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen anwendbar.

Für das vorliegend in Rede stehende verwaltungsgerichtliche Verfahren nach § 25 Abs. 2 SächsDG gilt nichts anderes.

Nach dieser Vorschrift bemisst sich daher, ob der Zeugin als Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Sächsischen Staatsministerium der Justiz im disziplinarbehördlichen Ermittlungsverfahren gegen den Beamten ein berufsbezogenes Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53 Abs. 1 StPO zusteht.

Ein solches Recht hat die Disziplinarkammer zutreffend verneint. Die Ausführungen der Zeugin im Beschwerdeverfahren



DPolG Bayern

wahrnehmen, sind dort nicht genannt.

Die Schweigepflicht berechtigt als solche nicht zur Zeugnisverweigerung (vgl. Faber, in: Lorenzen/Etzel/Gerhold/Schlattmann/Rehak/Faber, BPersVG, Stand Januar 2012, § 10 Rn. 66, 67; Ilbertz/Widmaier/Sommer, BPersVG, 12. Aufl., § 10 Rn. 16; Vogelgesang/Bieler/Kleffner/Rehak, SächsPersVG, Stand Dezember 2010, § 10 Rn. 32; Glied/Seidel/Schwill, SächsPersVG, 4. Aufl., § 10 Rn. 12).

Dagegen bestehen, wie das Bundesverfassungsgericht für Mitglieder des Betriebsrats, die ebenso wie Personalratsmitglieder einer Geheimhaltungspflicht unterliegen (§ 79 BetrVG), entschieden hat, keine verfassungsrechtlichen Bedenken (vgl. BVerfG, Beschluss vom 19. Januar 1979, NJW 1979, 1286).

Das Berufsbild der in § 53 Abs. 1 StPO genannten Berufsträger ist durch die Begründung höchstpersönlicher, grundsätzlich keine Offenbarung dulden- der Vertrauensverhältnisse gekennzeichnet.

ren insbesondere zu Sinn und Zweck der personalvertretungsrechtlichen Schweigepflicht aus § 10 SächsPersVG (Hinweis des Verfassers: Art. 10 BayPVG) geben zu einer abweichenden Beurteilung keinen Anlass.

§ 53 Abs. 1 StPO enthält eine erschöpfende Aufzählung derjenigen Berufsheimlichkeitspflichtigen, deren Schweigepflicht zur Zeugenaussage vorgeht. Personen, die wie Mitglieder des Personalrats Aufgaben und Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht



Personalratsmitglieder treten nach ihrer Aufgabenstellung (§§ 73, 76 ff. SächsPersVG) dagegen, auch im – wie hier – behördlichen Disziplinarverfahren nicht als rechtsgeschäftliche Vertreter, Rechtsberater oder Prozessvertreter des einzelnen Beschäftigten auf.

Mit Blick auf die gesetzlich normierte Schweigepflicht ist das Vertrauensverhältnis lediglich auf die Erwartung des Beschäftigten gegründet, das Personalratsmitglied werde das ihm Anvertraute nur befugt, das heißt im Rahmen seiner ge-

setzlichen Aufgabenstellung oder der allgemein geltenden Gesetze, offenbaren (vgl. BVerfG, Beschluss vom 19. Januar 1979 a. a. O.; Glied/Seidel/ Schwill a. a. O., Rn. 4).

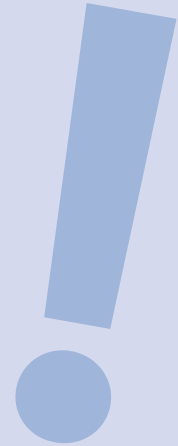
Soweit über § 53 Abs. 1 StPO hinaus im Einzelfall ausnahmsweise und unter ganz besonders engen Voraussetzungen eine Begrenzung der Aussagepflicht unmittelbar aus der Verfassung folgen kann (vgl. BVerfG, Beschluss vom 19. Juli 1972 a. a. O., 374 ff.), sind derartige Umstände für den Senat nicht erkennbar. ■

#### > Info

Personalräte sind in „schwierigen Situationen“ oft wichtige Ansprechpartner für alle Beschäftigten der Polizei.

Diese Aufgabe nehmen wir als Personalvertreter sehr ernst und stehen an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen und leisten dabei oft wichtige Hilfestellungen.

Umso wichtiger erscheint es uns, dass allen Beteiligten der Kernsatz dieser Entscheidung, **dass Personalratsmitglieder kein Zeugnisverweigerungsrecht im behördlichen Disziplinarverfahren haben** bekannt und bewusst ist.



## Bayerische Teilnehmer bei Tagung der Bundestarifkommission

Anfang März 2016 tagte die **DPoIG**-Bundestarifkommission, die sich aus dem Bundestarifbeauftragten, den Tarifbeauftragten der Länder, der Bundespolizei und des Bundeskriminalamtes zusammensetzt, in Königswinter-Thomasberg.

Ümit Turul, Vorsitzender der **DPoIG**-Tarifkommission Bayern und Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Bundestarifkommission, sowie Karl-Heinz Häberlein, Mitglied der **DPoIG**-Tarifkommission Bayern, nahmen an dieser Sitzung teil.

Als weiterer bayerischer Teilnehmer und Referent nahm der stellvertretende Bundesvorsitzender Michael Hinrichsen in

seiner Funktion als Verantwortlicher der Bundesleitung und damit als Bindeglied zur Tarifkommission an der Tagung teil.



> Ümit Turul, Karl-Heinz Häberlein, Michael Hinrichsen

Unter anderem wurde über den aktuellen Sachstand der laufenden Tarifverhandlungen 2016 für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen diskutiert.

Der Ausgang dieser Tarifverhandlungen kann als Barometer für unsere Einkommensrunde 2017 von Bedeutung sein.

Großen Raum nahmen auch der gegenseitige Erfahrungsaustausch zwischen Bund und Ländern sowie die Fortbildung zu tarifrechtlichen Themen ein. ■



## Schutzausrüstung für Brandermittler Freigabe erteilt!

Im Oktober 2015 hat das Landesvorstandsmitglied und zugleich Vorsitzender der **DPoIG-AG Kripo**, Stefan Kemptner, in einem Schreiben an den Minister die Einhaltung des Arbeitsschutzes und die längst überfällige Freigabe der Schutzausrüstung für Brandermittler eingefordert.

Entsprechend der langjährigen **DPoIG-Forderung** wurde im

Februar 2016 dem Hauptpersonalrat im personalvertretungsrechtlichen Beteiligungsverfahren endlich das Ausrüstungskonzept Brandermittler vorgelegt. Der HPR hat dem Konzept umgehend zugestimmt.

Die Arbeitsschutzmaßnahmen gelten für Beamte und Sachverständige – und damit auch für Arbeitnehmer – gleichermaßen.

Eine 2011 eingerichtete Fachgruppe „Ausrüstung für Brandermittler“ hatte bereits Anfang 2013 einen Ergebnisbericht zur Schutzausstattung im Innenministerium abgegeben. Obwohl der Arbeitsschutz für Brandermittler und die damit verbundene Umsetzung des in der Fachgruppe erarbeiteten Konzeptes aus dem Jahre 2013 in den vergangenen

zwei Jahren bereits mehrfach Gegenstand bei Besprechungen war, wurde das Konzept bislang nicht inhaltlich voll umgesetzt.

Mit der Freigabe des Konzeptes durch das Ministerium und der Zustimmung des Hauptpersonalrates ist endlich der Weg zur Beschaffung der neuen Ausrüstungsgegenstände frei. ■

## Arbeitsschutz – GewaPol

# Schutzausrüstung verbessern!

Im Januar musste eine Streifenbesatzung in Rosenheim wegen wiederholter Ruhestörung einschreiten. Dabei ging

ein 36-jähriger Mann unvermittelt mit einem Küchenmesser auf die Streifenbesatzung los und stach auf diese ein.

Besonders positiv war, dass die Kollegin, die dienstlich zur Verfügung gestellte ballistische Schutzweste ge-

tragen hat. Auch ihr Streifenkollege erlitt, Dank privat beschaffter, schnitthemmender Handschuhe, nur Verletzungen, die ambulant im Krankenhaus behandelt werden konnten.



Analysiert man Lagebilder zur „Gewalt gegen Polizeibeamte“, so erkennt man, dass immer häufiger Angriffe mit Messern durchgeführt werden. Die **DPoIG** kommt unter Hinzuziehung in- und externer Experten zur Überzeugung, dass unter anderem schnitthemmende Handschuhe geeignet sind, bei Messerangriffen das Verletzungsrisiko eingesetzter Kräfte deutlich zu minimieren. Das aktuelle Einsatzbeispiel in Rosenheim beweist dies anschaulich.

Vor diesem Hintergrund verweist die **DPoIG** gegenüber dem Innenminister auf ihr Positionspapier zur Gewalt gegen Polizeibeamte aus dem Jahre 2013. Darin hat die **DPoIG** bereits die Ausstattung aller Einsatzbeamtinnen und -beamten

DPoIG Bayern



mit schnitthemmenden Handschuhen gefordert.

Beamte in Ausbildung erhalten schnitthemmende Handschuhe als Teil ihrer Erstausrüstung. Zu begrüßen ist ebenfalls, dass Einsatzkräfte geschlossener Einsatzeinheiten den inzwischen neu konzipierten und schnitthemmen-

den Einsatzhandschuh dienstlich erhalten.

Streifenbeamtinnen und -beamte und das Stammpersonal der Bereitschaftspolizei im bestehenden Personalkörper müssen sich aber schnitthemmende Handschuhe immer noch auf eigene Kosten beschaffen.

Die **DPoIG** hat deshalb den Innenminister aufgefordert, schnitthemmende Handschuhe allen Bedarfsträgern dienstlich zur Verfügung zu stellen.

Damit könnte im Rahmen des Arbeitsschutzes ein weiterer Beitrag zu einem Mehr an Sicherheit für unsere Kollegin-

nen und Kollegen geleistet werden.

Arbeitsschutzrechtliche Maßnahmen, die zu einem geringeren Verletzungsrisiko führen, sind nicht nur gesetzliche Verpflichtung, sondern dienen letztlich auch dem Dienstherrn infolge geringerer Dienstunfallkosten und Ausfallzeiten. ■

## Gewalt gegen Polizeibeamte – Bodycam mit Ton

**DPoIG**-Forderungen wurden übernommen



DPoIG Bayern

Ende 2013 wurde in Bayern erstmals über Bodycams diskutiert. Die **DPoIG** hatte sich bereits damals klar für den Einsatz der Körperkamera ausgesprochen: „Aber nicht als Stummfilm!“

Im April 2015 präsentierte die **DPoIG** bei CSU-Polizeixperten im Innenausschuss die Einsatzmöglichkeiten der Bodycam und des Tasers.

Ende 2015 verkündet der LPP Prof. Dr. Schmidbauer im Innenausschuss die Eckpunkte des Pilotprojektes, das in München, Rosenheim und Augsburg durchgeführt wird.

Das PP München wurde mit der Erstellung eines Grobkonzeptes beauftragt. Die Aufzeichnung von Bild und Ton mittels Bodycams ist Auftragsinhalt. ■

### > „Wonneproppen-Aktion“

Gegen Vorlage einer Kopie der Geburtsurkunde erhalten **DPoIG**-Mitglieder eine Geburtshilfe.

Diese Aktion erfreut sich immer größerer Beliebtheit.

Der Abdruck aller Fotos, die uns von unseren Mitgliedern erreichen, würde den Umfang des POLIZEISPIEGELS in jedem Monat „sprengen“. Trotzdem freuen wir uns natürlich mit jeder/jedem von Euch über den Nachwuchs!

Stellvertretend möchten wir hier die Zwillinge eines glücklichen Mitglieds abdrucken.

(Wie uns versprochen wurde, findet sich in dem Sparschwein die „finanzielle Unterstützung“ der **DPoIG**.)



DPoIG Bayern



# „Taser und Bodycam – Chancen und Risiken“

Unter diesem Motto stand eine Veranstaltungsreihe der DPoIG Bayern im Februar und März. Es gab umfangreiche Informationen zu diesen neuen Einsatzmitteln. Eine ideologiefreie Diskussion über die Vorteile eines Einsatzes, aber auch über Bedenken, wurde geführt.

und Kollegen aus allen Qualifikationsebenen haben durch die Informationen aus erster Hand das nötige Rüstzeug erhalten, um in der zum Teil sehr kontrovers geführten Diskussion fundierte Argumente zu haben und diese weitergeben zu können. Schwerpunkt der Erläuterungen und der Nachfragen war immer der Taser.

aus erster Hand belassen, sondern wollten die Wirkung des Tasers am eigenen Körper erfahren. Selbstversuche mit dem Taser waren Höhepunkt der Info-Veranstaltungen.

bewerber von einem Taser-Einsatz nicht viel hält, sogar den Einsatz von Strom bei der Polizei in die Nähe von Folter hineinredet, war uns bewusst und öffentlich bekannt.

Nach der Durchführung der ersten Veranstaltungen sind wir nun mehrere große Schritte weiter. Circa 300 Kolleginnen

20 Kolleginnen und Kollegen haben es nicht bei den Daten

Die ersten positiven Rückmeldungen gab es im Rahmen der Berichterstattung über die Auftakt-Taser-Veranstaltung Anfang Februar in Bayreuth. Auf eine Presseanfrage hin räumte das Innenministerium offiziell ein, dass es bereits seit dem Jahreswechsel eine bayernweite Arbeitsgruppe (siehe Kästchen) gibt.

Kleiner Erfolg am Rande: Dass unser gewerkschaftlicher Mit-

- > **DPoIG-Forderungen**
- > Beendigung der mittlerweile zehnjährigen Erprobungsphase bei den SEK und Überführung in den Realbetrieb
- > Modellwechsel hin zum Taser X2
- > Eine ergebnisoffene Erprobung des Tasers zum Beispiel in den OEDs der Mittelzentren wie Würzburg, Ingolstadt, Kempten oder Regensburg

- > **Mögliche Schwerpunkte/Vorteile eines Taser-Einsatzes:**
- > Einschreiten gegen mit Stich- oder Hiebwerkzeugen bewaffnete Täter
- > Intervention gegen aggressive Personen in einem Rauschzustand
- > Rettung potenzieller Suizidenten oder geistig Verwirrter





Wir ließen uns davon in unserem Engagement nicht beirren.

Nach mehreren Presseanfragen scheinen nun auch bei den GdP-Funktionsträgern die Vorteile dieses Einsatzmittels angekommen zu sein. Seit Anfang März ist „der Taser der neuen Generation“ jetzt auch ein geeignetes Distanzmittel, das nun auch im Polizeilichen Einzeldienst (PED) Verwendung finden kann.

Nun kann man gemeinsam dieses Ziel in Bayern weiterverfolgen. In der Hoffnung, dass die Bundes-GdP dieses Vorhaben nicht noch weiter torpediert, setzen wir unsere Bemühungen dahingehend fort. ■

> AG wurde eingerichtet

Ein Prüfauftrag ging an das Polizeipräsidium Oberpfalz. Nach unseren Erkenntnissen soll die Arbeitsgruppe unter der Leitung von LPD Manfred Jahn bis Jahresende bestehende Fragen im Zusammenhang mit Taser-Einsätzen beantworten.

Zum einen wurde bekannt, dass der zurzeit bei den SEK verwendete Taser X 26 wohl nicht mehr lange auf dem Markt sein wird. Das Nachfolgemodell Taser X 2 hat technische Verbesserungen und wird auch schon bei unseren Vorführungen verwendet. Die Nachfolge wird zu regeln sein.

Das Hauptaugenmerk wird aber bei der Beurteilung liegen, ob ein Distanzelektroimpulsgerät auch für den Wach- und Streifendienst ein geeignetes Einsatzmittel wäre.

Hierzu gibt es zwar bereits weltweit 750 Studien und Ausarbeitungen. Aber die bayerische Gründlichkeit lässt hier wohl keinen Spielraum.

Unterstützung erhält die Arbeitsgruppe durch die Taser-Anwender vom SEK und von Fachleuten wie dem PE- Beauftragten des StMI.



> DPoIG-Info-Veranstaltungen:

- 10. März 2015: München (CSU-Mitglieder Innenausschuss Bayerischer Landtag)
- 27. Juli 2015: Nürnberg
- 3. Februar 2016: Bayreuth
- 26. Februar 2016: Königsbrunn
- 29. Februar 2016: Schwandorf
- 9. März 2016: Würzburg
- 15. März 2016: Ingolstadt
- 31. März 2016: Straubing

Weitere Termine sind in Planung!



## Aschermittwochsaktion der DPoIG München



DPoIG Bayern

einige Stunden später, als alle Semmeln unter die Kollegen gebracht waren.

Die ironische Aussage eines Kollegen im Präsidium wollen wir Euch nicht vorenthalten:

**„Da verteilt ja der Ascherl am Aschermittwoch Fischsemeln.“**

Die Gratisfischsemmelaktion war zudem noch gekoppelt mit einer Verlosungsaktion des Löwenbräukellers, es wurden mehrere Freikarten für das Starkbierfest verlost.

Ich möchte mich bei allen Sponsoren, BBBank, HUK Coburg, Debeka, DBV und allen Helfern ganz herzlich bedanken.

*Jürgen Ascherl,  
Bezirksvorsitzender*

Die DPoIG München ist der Auffassung, dass unsere Kolleginnen und Kollegen zurzeit „permanent unter Dampf“ stehen. Ob G 7, Terrorwarnungen, Sicherheitskonferenz, Pegida

und vieles mehr, unsere Kollegen sind am Limit. Dies ist einer der Gründe, warum wir uns als DPoIG München entschieden haben, am Aschermittwoch diese Aktion durchzuführen.

Mit vielen Helfern verteilten wir vor einigen größeren Polizeidienststellen Gratisfischsemmeln an alle Kolleginnen und Kollegen. Die Aktion begann um 6 Uhr und endete erst

## Mitgliederversammlung des Kreisverbandes VII. BPA Sulzbach-Rosenberg mit Neuwahlen

Am 19. Januar 2016 lud der Kreisvorsitzende Stephan Wegerer die Mitglieder zur diesjährigen Versammlung in das Bistro Wintergarten der VII. Bereitschaftspolizeiabteilung Sulzbach-Rosenberg ein.

Als besonderer Gast konnte Rainer Nachtigall für die Veranstaltung gewonnen werden.

Nach der Begrüßung blickte Stephan Wegerer in seinem Bericht auf die zurückliegenden Veranstaltungen und Aktionen des vergangenen Jahres.

Besonders hervorzuheben sind hier die Neuaufstellungen beim 25. und 26. Ausbildungseminar, die gemeinsame Ski-



DPoIG Bayern

25-jähriges Jubiläum: Karlheinz Scheibel, Vorsitzender Stephan Wegerer, Peter Weiß, Thomas Lehner, Erich Gassenhuber, Rainer Nachtigall (von links)





fahrt zum Wilden Kaiser, die Osteraktion, die Einsatzbetreuung G 7, das Grillfest und das Preisschafkopfturnier.

Am Weihnachtsmarkt der VII. Bereitschaftspolizeiabteilung, der diesmal in der Außenstelle Nabburg stattfand, beteiligte man sich mit einem Stand.

Dort wurden, wie schon die letzten Jahre, alle Mitglieder mit einem kleinen Präsent beschenkt, und der Erlös aus dem Verkauf der Holzwoleanzünder ging wieder zugunsten der Behindertenhilfe e. V. in Wernberg-Köblitz.

Bevor die Stellvertreter und Beauftragten aus ihren Bereichen informierten, ging er auf die

bevorstehenden Personalratswahlen ein.

Außerdem möchte das Team um Stephan Wegerer wieder an die Veranstaltungen aus 2015 anknüpfen.

Nach dem Verlesen des Kassenprüfberichtes wurde die Vorstandschaft einstimmig entlastet.

Karlheinz Scheibel, Peter Weiß und Thomas Lehner wurden für 25 Jahre treue Mitgliedschaft geehrt.

Das Ergebnis der durchgeführten Wahlen bestätigte Stephan Wegerer als Vorsitzenden und Ute Rosenberger und Stefan Kunisch jeweils als stellvertre-

tende Vorsitzende. Als weiterer Stellvertreter wurde Jörg Kreussel gewählt.

Die beiden Kassierer Andreas Fruhmann Berger und Enrico Gruß werden auch in der nächsten Amtszeit die Kassenbücher führen.

Als weitere Vorstandsmitglieder wurden die Kollegen aus dem Tarifbereich, Peter Liedtke, Petra Brandl-Tuchbreiter, Karlheinz Scheibel, Stephanie Barthelt, Markus Kollbrand und Jürgen Scheibel gewählt.

Erich Gassenhuber begleitet weiterhin die Funktion des Ruhestandsbeauftragten und steht der Vorstandschaft nach wie vor mit Rat und Tat zur Seite.

Robert Stritt und Tobias Götz fungieren auch weiterhin als Kassenprüfer.

Die Sitzung wurde für das Abendessen unterbrochen und die Teilnehmer ließen sich das Schnitzel bei angenehmen Gesprächen schmecken.

Auf die Ausführungen von Rainer Nachtigall warteten schon alle mit Spannung.

Er berichtete über aktuelle Themen, Entwicklungen und Ausblicke und stellte somit eine große Bereicherung für die Veranstaltung dar.

Danach fand der Abend mit regen Gesprächen einen angenehmen Ausklang. ■

## Jahreshauptversammlung 2015/16 des KV Oberallgäu

Zum wiederholten Male wurde die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Oberallgäu im Februar abgehalten. In diesem Jahr konnte als Referent des Landesvorstandes Kollege Stefan Kemptner begrüßt werden. Er gab einen Überblick über die aktuellen Themen und Entwicklungen, allen voran die

Pilotierung neuer Arbeitszeitmodelle, die Umgestaltung des Aufstieges von der 2. QE in die 3. QE und nicht zuletzt auch Ausblicke auf Überlegungen hinsichtlich der Verwendung von Bodycams und dem Taser.

Im Fokus der diesjährigen Jahreshauptversammlung stan-



> Stefan Kemptner, Peter Walcher, Bernd Wetzstein (von links)



> Peter Mütsch, Bernd Wetzstein (von links)

den die Personalratswahlen in diesem Jahr. Der Bezirksvorsitzende Charly Eichinger gab auch hierzu Interessantes zum Besten.

Im Verlauf der gelungenen Veranstaltung, durfte ein verdienstvolles Mitglied geehrt werden. Dem Pensionisten Peter Wal-

cher konnte eine Urkunde für 50 Jahre Mitgliedschaft ausgehändigt werden. Zudem wurde das Jubiläum mit einem Geschenkgutschein versüßt. Bereits im Laufe des vergangenen Jahres konnte der ehemalige Kreisvorsitzende Peter Mütsch für 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt und beschenkt werden. ■



# Munich Security Conference 2016 – Die **DPoIG** war wie immer vor Ort



DPoIG Bayern (2)

gerichteten Kurzinfos zum Einsatz und den örtlichen Gegebenheiten.

Die **DPoIG** war mit Max Meyer, Peter Dittmann, Michael Reo und Stephan Wegerer (alle BV Bepo), Stefan Kempfner (BV Oberbayern), Jürgen Ascherl, Jörg Loewendorf, Jürgen Kettl, Fredi Kammermeier, Toni Regensperger, Herbert Mohaupt, Heinz-Peter Hofmann, Angi Spänle, Carin Heiß, Darius Behbehani, Heinz Jochner, Stephan Berninger und Max Steinkirchner (alle BV München) vertreten. Letzterer unterstützte zusätzlich noch den nächtlichen „Betreuungseinsatz“ eines großen Teams der JUPO.

Ebenfalls vor Ort waren am Samstag sowohl unser Bundes- als auch unser Landesvorsitzender, Rainer Wendt und Hermann Benker. Bei einem Gespräch über den Einsatzablauf mit der Münchner Präsidiumsspitze wurden auch die Standpunkte zur massiven Einsatzbelastung der Münchner Polizei und zu den sich aktuell ergebenden polizeispezifischen Themen besprochen.

*Stephan Berninger*

Bei der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz und deren zahlreichen Begleitveranstaltungen waren rund 3 700 Beamte und Arbeitnehmer eingesetzt. Dies waren noch mal etwa 100 mehr als im Vorjahr, was insbesondere der in die Tagung eingebundenen „Syrien-Konferenz“ und einer immer umfangreicher werdenden Konferenzagenda geschuldet war. Die Münchner Polizei wurde von Beamten aus ganz Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Thüringen unterstützt. Auch die Bundespolizei erhielt Personalunterstützung.

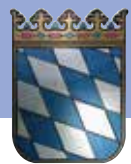
mehrere Hundert Autonome des „Schwarzen Blocks“ vertreten. Daneben gab es kleinere Aufzüge und stationäre Kundgebungen, insbesondere zu den Konfliktfeldern in Syrien und der Ukraine.

Das Tagungshotel wurde wieder zum „Hochsicherheitstrakt“, in dem die 24 teilnehmenden Staats- und Regierungschefs und die 62 Außen- und Verteidigungsminister gewohnt ungestört von all den Begebenheiten im Außenbereich konferieren konnten. Das Poli-

zeipräsidium München konnte wieder einmal seinem Ruf gerecht werden, solche Großeinsätze erfolgreich und hochprofessionell zu bewältigen. Die hoch belasteten eingesetzten Kräfte leisteten wieder eine hervorragende Arbeit. Die **DPoIG** versorgte sie mit kleinen Snacks. Ebenfalls zur Verteilung kamen Tempos, Kugelschreiber, Energydrinks und Warmgetränke. Wie in den Vorjahren verteilten wir eine aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „Blaulicht im Einsatz“ mit speziell an die auswärtigen Kräfte

Neben dem Schutz der beiden Konferenzen waren die Kolleginnen und Kollegen unter anderem mit Verkehrsregelungen und der Begleitung von Kundgebungen beschäftigt. Hier bildete erneut der Samstagnachmittag einen Schwerpunkt. Etwa 4 000 Gegner der Konferenz bildeten zwei vom Stachus ausgehende Aufzüge, um quasi eine „Umzingelung“ des Tagungshotels „Bayerischer Hof“ darzustellen. Wie im Vorjahr waren auch wieder





## > Sicherheitskonferenz in München 2016

Anlässlich der Sicherheitskonferenz, welche vom 12. bis 14. Februar 2016 in der bayerischen Landeshauptstadt München stattfand, stellte auch die JUNGE POLIZEI Bayern wieder die Betreuungsteams auf die Beine, um den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen vor Ort etwas Gutes zu tun.

Sowohl in der Nacht von Freitag auf Samstag als auch in der Nacht von Samstag auf Sonntag war die JUPO Bayern im Münchner Zentrum unterwegs. Nachdem passend zur Sicher-

heitskonferenz das Wetter wieder einmal schlecht wurde, hatten die Betreuungsteams neben Kugelschreibern und der Neuauflage des Freund & Helfer auch Energydrinks, warme Wiener mit Semmel und heiße Schokolade für die Einsatzkräfte dabei, die diese auch gern annahmen.

Ein herzlicher Dank geht an alle eingesetzten Kräfte für ihre tolle Arbeit, und wir freuen uns schon, den einen oder die andere nächstes Jahr bei der Siko 2017 wiederzusehen.



DPoG Bayern

## Ehrungen jung gebliebener Mitglieder bei der Bereitschaftspolizei Würzburg



> Edi Dosch, Siegfried Stich, Stefan Heindl (von links)

rigie Mitgliedschaft von BV-Vorsitzendem Edi Dosch und KV-Vorsitzendem Stefan Heindl gebührend geehrt.

Für **25 Jahre** wurden geehrt: Jürgen Appel, Gerhard Amend und Gerd Neubauer

**40 Jahre:** Gerd Weidner, Peter Probe und Siegfried Stich

**50 Jahre:** Wolfgang Worm, Harry Schwillus und Otmar Martin

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung bei der BePo in Würzburg wurden auch wieder die verdienten und langjährigen Mitglieder geehrt.

Siegfried Stich, über viele Jahre Bezirksvorsitzender der Bereitschaftspolizei und HPR-Mitglied und heute noch sehr agiler „Pensoinisten-Aktivist“, wurde für seine 40-jäh-



> Edi Dosch, Jürgen Appel, Siegfried Stich, Stefan Heindl, Wolfgang Worm, Harry Schwillus (von links)

DPoG Bayern (2)



## Blaulichtfasching des Kreisverbandes Coburg



Der Kreisverband Coburg hat unter Federführung von Florian Schmidt und Tino Wetzig in diesem Jahr erstmals zu einem „Blaulichtfasching“ eingeladen. Nachdem traditionell bereits regelmäßig Blaulichtpartys im Coburger Club „Hinz und Kunz“ stattfinden, wurde nun mit der Faschingsveranstaltung ein neues Event auf die Beine gestellt. Die Gäste aus allen Blaulichtorganisationen

aus Coburg und Umgebung gaben sich viel Mühe bei der Gestaltung ihrer Kostüme und feierten bei toller Partymusik bis in die Morgenstunden. Nach dem Erfolg der Auftaktveranstaltung ist eine Fortsetzung für nächstes Jahr fest eingeplant. Der Erlös des Blaulichtfaschings wird der Stiftung der **DPoIG** sowie dem Kreisfeuerwehrverband Coburg für deren Jugendarbeit gespendet. ■

## Mitgliederversammlung des KV Eichstätt BePo



Bei der Mitgliederversammlung des KV Eichstätt BePo am 2. Februar 2016 wurden langjährige Mitglieder mit einer Urkunde und einem Weingeschenk geehrt. Von links Petra Ruck-Dreher (25 Jahre), Peter Schuster (25 Jahre), Günter

Klaus (40 Jahre) und Helmut Heindl (40 Jahre) mit Kreisvorsitzendem Maximilian Meyer. Verhindert waren die Kollegen Leo Rank (50 Jahre), Gerd Löser (40 Jahre), Peter Kastner (25 Jahre) und Helmut Hruschovsky (25 Jahre). ■

## Polizeigewerkschaft zum Info- und Erfahrungsaustausch im Landtag

Aktueller Personalstand bei den niederbayerischen Polizeidienststellen, Pensionsnachsatz, ständige Aufgabenmehrung, Überstundenbelastung, neue Arbeitszeitmodelle und ein Polizeiausbildungsstandort in Niederbayern waren Themen eines vom Bezirksverband Niederbayern der Deutschen Polizeigewerkschaft (**DPoIG**) initiierten Gesprächs mit niederbayerischen CSU-Abgeordneten im Bayerischen Landtag, an dem (von links) MdL Max Gibis, **DPoIG**-Bezirksvorsitzender August Janker, der Straubinger **DPoIG**-Kreisvorsitzende Josef Hagenhuber, MdL Hans



Ritt, MdL Josef Zellmeier, der **DPoIG**-Vertreter des Polizeiver-

waltungsamtes, Wolfgang Ulrich, und **DPoIG**-Landeshaupt-

vorstandsmitglied Siegfried Kapfer teilnahmen. ■